Bezugspreis: Monatlich in Neuenbürg ℳ 1.50. Durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonst. inl. Verk. ℳ 1.86 m. Postbestellgeb. Preise freibl. Preis einer Nummer 10 ₰.
In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückerstattung des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen u. Austrägerinnen jederzeit entgegen.
Fernsprecher Nr. 4.
Giro-Konto Nr. 24 O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 ₰, Reklame-Zeile 60 ₰. Nichtrefl.-Anzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte und Auskunfterteilung 20 ₰. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früh. Vereinbarungen außer Kraft.
Gerichtsstand für beide Teile: Neuenbürg.
Für tel. Auftr. wird keine Gewähr übernommen.

№ 220. | Freitag den 20. September 1929. | 87. Jahrgang.

Deutschland.

„Schneidig" bis zum Schluß.

Bei dem Militärgerichtsurteil in Landau handelt es sich um eine geradezu ungeheuerliche Bestrafung, die umso unverständlicher ist, als sie in dem Augenblick ausgesprochen wurde, in dem die Räumung beginnt. Man hätte wenigstens erwarten können, daß, wenn schon die militärischen Richter glaubten, eine Strafe aussprechen zu müssen, sie dem Verurteilten Bewährungsfrist zugebilligt hätten. Das Landauer Urteil zeigt mit einer eklatanten Deutlichkeit von neuem, wie sehr die Bevölkerung des besetzten Gebietes und mit welchem guten Grunde sie sich nach einer Beendigung der Besatzung sehnt.

Mainz bereitet die Räumung vor.

Mainz, 19. Sept. Im Schloß von Mainz herrscht fieberhaftes Leben. Offiziere und Ordonnanzen beim Generalstab der Rheinarmee eilen auf und ab. Das Oberkommando der gesamten Besatzungstruppen, das hier stationiert ist, hat in diesen Tagen ständig Telephonverbindung mit den Städten in der zweiten Zone. Der Räumungsbefehl aus Paris ist den Herren etwas plötzlich gekommen. Mainz selbst bleibt von der Räumungsaktion vorläufig noch unberührt. Mainz wird die letzte Stadt sein, die frei wird. Allerdings rechnet man auch hier mit etappenweisem Abzug. Hier liegt die stärkste Besatzung von 15 000 Mann. Die Stadt trifft jetzt schon alle Vorbereitungen für die Räumung. Bürgermeister Dr. Ehrhardt weilt gerade in diesen Tagen in Berlin, denn zwischen Reich und Kommunen ist jetzt viel zu verhandeln. Die Kommunen wollen und müssen die Offiziersvillen und die Kasernen übernehmen, wenn sie die Besatzung freigegeben hat. Ein großes kommunales Programm harrt im besetzten Gebiet seiner Lösung. Ein Teil der Kasernen soll zu Krankenhäusern umgebaut werden, der Rest im Interesse einer gesunden Wohnungspolitik in Kleinwohnungen aufgeteilt werden. Außerdem werden mit der Räumung allein in Mainz 2126 Wohnungen mit 11 117 Räumen frei. Fast das ganze Wohnungsprogramm kann mit der Räumung hier gelöst werden. Dazu kommt das Freiwerden ungeheurer Flächen Lagerräume, besonders im Hafen und im angrenzenden Gebiet. Das alles wird für die Wirtschaft wieder verfügbar. Schon jetzt wird eine starke Erweiterung der Industrie und des Handels in die Wege geleitet. Aus Frankfurt kommt eine Zigarettenfabrik nach Mainz. Mit der französischen Pneumatikfabrik Michelin wird verhandelt. Man fühlt sich befreit von dem Druck des Ungewissen. Man kann heute wieder schon Wirtschaft und Handel auf Sicht treiben.

Minister Dr. Steiger vor dem Deutschen Landwirtschaftsrat.

Berlin, 18. Sept. Der Amtliche Preußische Pressedienst veröffentlicht eine Ansprache, die der preußische Landwirtschaftsminister Dr. Steiger heute auf dem Deutschen Landwirtschaftsrat in Münster hielt. In dieser heißt es u. a.: Auch in diesem Jahre ist es weniger die Ernte, die die Lage der Landwirtschaft noch besorgniserregender gestaltete, es sind vielmehr die Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse. So zeigten die Großhandelspreise für landwirtschaftliche Produkte Anfang dieses Jahres einen Stand von etwa 132, erreichten im Mai einen Tiefstand von etwa 124 und haben sich neuerdings mit gewissen Schwankungen wieder auf den Stand zu Beginn des Jahres gehoben. Dieser Preisstand zeigt bei einem Index von etwa 157 für industrielle Fertigwaren die mangelnde Rentabilität der Landwirtschaft. Diese Notlage der Landwirtschaft hat ihre Ursache neben den gegenüber der Vorkriegszeit stark gewachsenen Lasten besonders in weltwirtschaftlichen Zusammenhängen. Zum Schutz der landwirtschaftlichen Erzeugung hat Preußen im Sommer Maßnahmen der Reichsregierung und des Reichstages zugestimmt, die auf einen erhöhten Zollschutz bei Getreide, Mehl, Futter, Kartoffeln abzielen und die eine Teillösung der Maßnahmen darstellen, die auf diesen Gebieten von der Landwirtschaft gefordert werden. Neben die zollpolitischen Maßnahmen muß die innere Regelung treten, die von der Selbsthilfe der Landwirtschaft und von staatlichen Maßnahmen gemeinsam getragen werden muß. Sollen die erzielbaren Preise für die Landwirtschaft wirklich erreicht werden, so muß neben der strengen Durchführung des Vermahlungszwanges durch eine bessere Beleihbarkeit der Getreideprodukte das Inlandsangebot besonders alsbald nach der Ernte eingeschränkt werden. Entsprechende Maßnahmen sind in der Beratung begriffen. Hinzu muß eine einwandfreie Preisfeststellung an den Börsen treten. Es muß damit gerechnet werden, daß alsbald an der Berliner Produktenbörse weitere Notierungen für Weizen und Roggen unter Zugrundelegung der verschiedenen Hektolitergewichte eingeführt werden. Die bessere Qualität wird so ihren höheren Preis erhalten und damit werden die Bestrebungen zur Qualitätserzeugung sowie die Standardisierungsmaßnahmen gefördert. Die für die Bewegung der Getreideernte im Reichsetat eingestellten 3½ Millionen Mark müssen nach meinem Dafürhalten der Getreidebewegung in vollem Umfange und ganz besonders im Interesse der östlichen Landwirtschaft sofort dienstbar gemacht werden. Was die Entwicklung der Kartoffelpreise betrifft, so ist hier leider wieder eine ständig fallende Preistendenz zu beobachten. Ich hoffe dem Ueberangebot an Speisekartoffeln aus dem Inland durch weitgehende Förderung der Markenkartoffelbestrebungen Herr zu werden. Mit besonderer Besorgnis erfüllt mich die Entwicklung der Rindviehpreise. Es werden deshalb besonders die Verhandlungen betreffend die Aenderung der Viehzölle beschleunigt werden müssen. Durch den Rückgang des Schweinebestandes haben die Schweinepreise einen so hohen Stand erreicht, daß hierin für die Landwirtschaft ein starker Anreiz liegt, die Schweinezucht zu vermehren. In den Zahlen über die Bewegung des Schweinebestandes dürfte jedenfalls der Beweis dafür liegen, daß wir die Ernährung der Bevölkerung wieder ausreichend mit inländischen Schweinen decken können, was der Forderung, Angleich der Schweinefleisch- an die Rindviehzölle, die Wege ebnen dürfte.

Haag in einem Satz.

Nachdem der genaue Wortlaut der Haager Abmachungen, der finanziellen wie der politischen, veröffentlicht worden ist, kann man auf Grund dieser amtlichen Unterlagen das gesamte Haager Ergebnis in einem einzigen Satz zusammenfassen, der folgendermaßen lauten müßte: „Erleichterungen der Tributzahlungen in den ersten zehn Jahren des Youngplanes um etwa sechs Milliarden Reichsmark, dazu Wiederherstellung der inneren Souveränität durch Fortfall der Dawes-Kontrollen und Wiederherstellung der äußeren Souveränität durch Räumung der Rheinlande ohne Errichtung einer neuen Kontrolle."

Der Einzelhandel in Hamburg.

Hamburg, 18. Sept. Als im Mittelpunkt der Hamburger Einzelhandelswoche stehend, kann die öffentliche Mitglieder-Versammlung der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels bezeichnet werden, die heute abgehalten wurde. Zahlreiche Vertreter der Behörden, der Wirtschaftsverbände, des Handels, der Schiffahrt, der Industrie usw. hatten sich eingefunden. Der Vorsitzende der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, Grünfeld-Berlin, sagte einige Begrüßungsworte und hieß besonders den Reichspostminister Dr. Schätzel herzlich willkommen. Der besondere Anlaß für die Verlegung des Einzelhandelstages nach Hamburg sei das 25jährige Jubiläum der Hamburger Detaillistenkammer. Grünfeld streifte kurz die schwierige Lage des Einzelhandels, worüber er bei der am Donnerstag stattfindenden öffentlichen Kundgebung nähere Mitteilungen machen werde. Im Anschluß hieran überbrachte der Reichspostminister die Grüße der Reichsregierung, die die außerordentliche Bedeutung des Einzelhandels für die Gesamtwirtschaft voll anerkenne. Gerade der Einzelhandel als letztes Glied im Verteilungsprozeß der Waren spiele eine ausschlaggebende Rolle. Die Deutsche Reichspost sei bemüht gewesen, den gesamten Verwaltungs- und Betriebsapparat, namentlich in technischer Beziehung, auf eine solche Höhe zu bringen und zu erhalten, daß die berechtigten Bedürfnisse der Wirtschaft im In- und Auslandsverkehr befriedigt werden könnten. Eine Gebührenerhöhung sei von der Deutschen Reichspost nicht beabsichtigt. Die Reichspost wende alljährlich einen Betrag von mehreren 100 Millionen Reichsmark zu Neuanschaffungen auf, der zu einem großen Teil auch dem Einzelhandel zugute komme. Ferner sei die Reichspost bemüht, die Konjunkturschwankungen durch planmäßige Verteilung ihrer Aufträge so viel als möglich auszugleichen. Das gute Einvernehmen zwischen Reichspost und Einzelhandel müsse auch weiterhin bestehen bleiben. In der Reihe der darauf gehaltenen Vorträge erscheint uns als besonders beachtenswert das Referat von Oberregierungsrat a. D. Dr. Joachim Tiburtis, der über die volkswirtschaftliche Leistung des deutschen Einzelhandels seit der Inflation sprach. Das Tatsachenbild dieser Vorgänge werde heute in erster Linie beeinflußt durch die Ergebnisse der amtlichen Handelsenquete. Diese zeige zwar die Entwicklung nur bis ins Jahr 1926 hinein, sie habe aber die Forschungstätigkeit der wirtschaftlichen Verbände angeregt, so daß über die Jahre 1927 bis 1929 neben den Untersuchungen des Konjunkturinstituts und der Institute Berlin und Köln auch objektiv verwendbare Darstellungen der Einzelhandelsverbände vorlägen. Der Redner schilderte sodann die Entwicklung der Einzelhandelsumsätze während der Konjunkturphasen seit 1925. Die Widerstandsfähigkeit des Einzelhandels gegen Konjunkturrückschläge habe im Jahre 1928 doch ihre Grenzen gezeigt. Schließlich entschieden über die Kaufkraft auch der Arbeitnehmer nicht die Tariflöhne, sondern die tatsächlich ausgezahlten Löhne, die durch Arbeitslosigkeit und durch Arbeitskämpfe erschüttert werden. Der Einzelhandel suche seine Selbstfinanzierung zu stärken, indem er seine Kunden durch langfristige Abzahlungen vor der Abwanderung zu manchen sogenannten Konsumentenverbänden mit ihren oft bedenklich weitgehenden Teilzahlungen zurückhalten wolle. Jedenfalls werde die Frage der Kreditbeschaffung in nächster Zeit entscheidende Ueberlegungen in den Einzelhandelsverbänden erfordern. Beim Absatz von Waren kurzfristigen Gebrauchs, wie Lebens- und Genußmittel, müsse die Barzahlung notfalls durch Rabatte, wieder vorherrschend gemacht werden.

Ausland.

Paris, 19. Sept. Der Ausschuß für die Vorbereitungen der Internationalen Zahlungsbank wird gemäß dem Vorschlag Dr. Schachts am 3. Oktober in Wiesbaden zusammentreten.

Ein französisches Armeekorps wird aufgelöst.

Paris, 18. Sept. Die Räumung der zweiten Rheinlandzone durch die französischen Truppen, die am 20. September beginnen soll, wird nach den Dispositionen des französischen Kriegsministeriums eine Reihe von Umänderungen im französischen Heere nach sich ziehen. Von den etwa 10 000 Mann französischer Truppen, die in der zweiten Zone stehen, werden nur 3 Regimenter nach der Räumung als geschlossene Formationen beibehalten werden. Es sind dies das 33. Infanterie-Regiment, das nach Hagenau und Weißenburg im Elsaß in Garnison gelegt wird, das 150. Infanterie-Regiment, das nach Metz kommt und schließlich das 5. Kürassier-Regiment, das die Stadt Pontoise als neue Garnison erhält. Sämtliche übrigen Einheiten werden aufgelöst. Insbesondere der ganze Stab des 30. Armeekorps, sowie die selbständige 6. Jägerbrigade, die das 5., 17. und 30. Jägerbataillon umfaßt. Die Auflösung des 30. Armeekorps soll am 4. November erfolgen. Das würde mit der schon früher abgegebenen Meldung übereinstimmen, wonach die Räumung der zweiten Zone Anfang November beendet sein soll.

Die angelsächsische Drohung.

Paris, 19. Sept. Die Verstimmung über den in Genf eingebrachten englischen Abrüstungsvorschlag und den Verlauf der englisch-amerikanischen Flottenverhandlungen wächst in Paris in bedeutendem Maße. Selbst die Zeitungen, die sonst für die Abrüstung eintreten, weisen heftig auf die imperialistischen Hintergedanken der angelsächsischen Mächte hin und erklären nachdrücklich, Frankreich könne auf die Unterseeboote als seine Hauptverteidigungswaffe zur See nie und nimmer mehr verzichten. Die sonst in den Fragen der Außenpolitik sehr maßvolle „Information" erklärt rundweg: „Wenn man uns unsere Verteidigungsmittel aus der Hand zu winden versucht, so wird nicht ein Franzose unter Tausenden verfehlen, energisch Nein zu sagen. Mit welchem Vorwand auch Herr Macdonald, der unserem Land auf keinen Fall wohl gesinnt ist, die von ihm angestrebte angelsächsische Hegemonie verbrämen mag, die Welt wird sich nie gefallen lassen, wenn bei humanitären Versicherungen Hintergedanken eines Zwangs zum Vorschein kommen." Der „Temps" fragt sich sehr betroffen, was eigentlich hinter der Auslassung der Reutermeldung stecke. „England muß mit den Vereinigten Staaten zu einer viel weitergehenden Verständigung als einem einfachen Seeabrüstungsabkommen gelangen." Das Abendblatt fügt bedeutungsvoll hinzu: „Das muß alle, die sich nicht von den Ereignissen überraschen lassen wollen, veranlassen, auf ihrer Hut zu sein." Senator Billiet schreibt heute im „Avenir", Frankreich müsse es sich sehr überlegen, die Einladung zu dieser „nutzlosen und erniedrigenden Konferenz" anzunehmen. England und Amerika rüsteten gar nicht ab. Im Gegenteil! Und da solle Frankreich abrüsten? England und Amerika brauchten neue Kreuzer; wofür? Zur Verteidigung ihrer Küsten? Genau dasselbe aber wolle Frankreich mit seinen U-Booten. Das „Journal des Debats" präzisiert die Punkte, die für Frankreich, wenn es bei einer Flottenkonferenz teilnehmen sollte, maßgebend sein müssen, folgendermaßen: Frankreich müsse fordern 1. die Beibehaltung der Unterseeboote. Diese seien für die Vereinigung der Küsten des Mutterlandes und des Kolonialreiches unerläßlich; 2. müsse Frankreich die Verbindung zwischen dem Mutterland und den Kolonien sichern und über deren Freiheit wachen. Andernfalls würde das Kolonialreich gefährdet werden; 3. dürfe man nicht vergessen, daß Frankreich eine Seefront nach 2 Seiten habe, nämlich nach dem Atlantischen Ozean und nach dem Mittelmeer. Infolgedessen könne es sich auf keine Parität der Flottenrüstungen mit irgend einer europäischen Kontinentalmacht einlassen, die darauf hinauslaufen würde, daß Frankreichs Seemachtstellung im Mittelmeer vernichtet wurde und der Verbindungsweg Marseille—Algier unter ausländische Kontrolle gerate. Dieser Verbindungsweg sei unerläßlich für die Mobilisierung des französischen Heeres und hier liege gerade das Geheimnis der Verbundenheit der französischen Streitkräfte zu Wasser, zu Lande und in der Luft. Durch diese Präzisierung sind alle die Probleme wieder aufgeworfen worden, die vor einem Jahr, als das französisch-englische Flottenkompromiß zur Debatte stand, leidenschaftliche Erörterung verursachten.

Englands Hand in Malta.

Rom, 19. Sept. Die englische Regierung hat sich durch die feurigen Proteste der italienischen Zeitungen gegen die sogenannte Entnationalisierung Maltas offenbar wenig beeinflussen lassen, so wie alle Versuche, eine Absetzung des Gouverneurs Strickland zu erzielen, als gescheitert gelten müssen. Jetzt wird gemeldet, daß 20 Straßen, die bisher einen, wenn nicht italienischen, so doch italienisierten Namen hatten, umgetauft worden sind, allerdings nicht etwa in englische — so wie die Italiener in Südtirol die deutschen Namen in italienische verwandeln —, sondern in Namen in dem einheimischen maltesischen Dialekt. Die italienischen Abendzeitungen empören sich über die neue „unerhörte Gewalttätigkeit" der englischen Regierung aufs äußerste.

Aus Stadt und Bezirk.

Neuenbürg, 20. Sept. Drei Brände im Bezirk innerhalb einer Woche und ein Autobrand sind genügend, um ein trübes Bild unserer Wirtschaftslage zu geben. Heute früh gegen 9 Uhr brach in dem erst 2 Jahre alten Anwesen des Schreiners Gröner in Bernbach in der Scheuer über dem Stall Feuer aus, das sich bei dem herrschenden Wind mit großer Schnelligkeit über den ganzen Komplex ausbreitete und denselben in kurzer Zeit, mit Ausnahme des Wohngebäudes, von welchem einzelne Teile erhalten blieben, vollständig einäscherte. Die Bernbacher Feuerwehr war rasch zur Stelle und rettete sämtliches Vieh und einzelne Teile des Mobiliars. Bald darauf fing auch das dem Wilhelm Bitz gehörende Anwesen Feuer und brannte bis auf die Grundmauern nieder. Das Gebäude des Gröner stürzte vor längerer Zeit ein, wurde wieder aufgebaut und brannte 1920 nieder. Wenige Jahre nach dem Wiederaufbau fiel es neuerdings dem verheerenden Element zum Opfer. Die Entstehungsursache ist bis jetzt ungeklärt; die Abgebrannten sind wohl versichert, aber anscheinend nicht genügend. Die Neuenbürger Weckerlinie, welche gerufen wurde, brauchte nicht mehr einzugreifen.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

(Wetterbericht.) Die von Westen vordringende Tiefdruckfurche hat Mitteleuropa erreicht. Für Samstag und Sonntag ist wärmes, aber bewölktes und zu Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

Birkenfeld, 19. Sept. In der letzten Sitzung am 17. ds Mts. befaßte sich der Gemeinderat mit einer Reihe von Gesuchen um Uebernahme der selbstschuldnerischen Bürgschaft durch die Gemeinde für die von der Landesversicherungsanstalt Württemberg in Stuttgart in Aussicht gestellten Bauderlehen. Im Interesse der Förderung der Bautätigkeit wurde jeweils Bürgschaft übernommen. Einen weiteren wichtigen Beratungsgegenstand bildete die Dienstregelung für die hiesigen Polizeiwachtmeister. Die vom Amtsvorsteher ausgearbeitete Lösung fand die Zustimmung des Gemeinderats, so daß nunmehr in Bälde die Dienstleistungen der 3 Polizeibeamten genau geregelt werden können. Der Gemeinderat nahm von dem Erlaß des Oberamts Kenntnis, wornach das Gesuch des Mietervereins um Wiedereinführung der Wohnungszwangswirtschaft abgelehnt wurde, da dadurch ein praktischer Erfolg zur Behebung der Wohnungsnot nicht erreicht werden kann. Eine Reihe kleinerer Verwaltungssachen wurde anschließend erledigt und verschiedene Bausachen vorberaten.

Birkenfeld, 20. Sept. Gestern beging Herr Pfarrer Kunz hier mit seiner Gemahlin die Feier der silbernen Hochzeit. Aus diesem Anlaß brachte ihm der Kirchenchor ein wohlgelungenes Ständchen.

+ **Calmbach**, 19. Sept. Die Ausführungen im „Enztäler" über die neue billige Bauweise haben großen Anklang gefunden. Einmal kamen Anfragen eine Menge aus nah und fern. Dann kamen auch verschiedene Besuche, um sich die Sache an Ort und Stelle anzusehen und näher erklären zu lassen, so der Gemeinderat von Birkenfeld, von Wildbad Obermedizinalrat Fritz und Frau, Stadtpfarrer Dauber; Vertreter der verschiedenen Bauvereinigungen von Stuttgart, Feuerbach, besonders Architekt Schautz-Stuttgart, der die amerikanische Bauweise drüben studierte; von Hall Forstmeister Pfister vom Siedlungsverein, ferner die Reichstagsabgeordnete Frau Dr. Lüders-Berlin, die verschiedenen Vorständen von Wirtschafts- und Wohnungsbaugenossenschaften angehört. Dieselbe hat sich auch über unser Schülerbad sehr anerkennend ausgesprochen. An verschiedenen Orten aber wurde auch die verbilligte Bauweise in die Praxis umgesetzt.

Vermischtes.

Die „Frau mit dem kleinen Makel". Ein hübsches Kulturbildchen der Großstadt rollte sich vor einigen Tagen vor dem Gericht in Berlin-Moabit ab. Eine Frau war wegen Betrugs angeklagt. Sie hatte in einer Zeitung folgende Anzeige erlassen: „Frau mit kleinem Makel sucht auf diesem nicht ungewöhnlichen Wege die Bekanntschaft eines Herrn in guter Stellung zwecks späterer Ehe. Eigenes Vermögen 500 000 Mark." Diese Anzeige brachte ihr eine Unmasse von Liebesbriefen. Männer aus allen möglichen Berufen erklärten, zu großzügig zu sein, um sich an dem „kleinen Makel" zu stoßen und waren bereit, die Frau zu heiraten, obwohl sie vielleicht sonst geneigt gewesen wären, recht kräftigen Anstoß an diesem Makel zu nehmen. Aber die 500 000 Mark waren doch zu verlockend, als daß man an verknöcherten Vorurteilen und kleinlicher Klatschsucht festhalten sollte. Die Frau, die eine ausgezeichnete Menschenkennerin zu sein scheint, verlobte sich mit ungefähr einem Dutzend Bewerber gleichzeitig, zeigte allen eine Mitteilung, daß sie ihre halbe Million aus Amerika holen müsse und erbat sich von jedem einen Reisebeitrag von mehreren tausend Mark. Zum Schluß verhöhnte sie sie alle, indem sie sie alle an einen Ort zum Rendezvous bestellte, woraus sich die komischsten Szenen ergaben, da alle Männer eine weiße Rose im Knopfloch hatten. Die Männer kamen miteinander ins Gespräch, stellten voller Wut fest, daß sie betrogen worden seien und erstatteten vor Entrüstung bebend Anzeige. Vor dem Richter gab die Frau offen zu, daß sie keine Erbschaft zu erwarten habe. Auf die Frage, warum sie die Bemerkung mit dem kleinen Makel in die Anzeige gesetzt habe, erklärte sie, daß dadurch ihre Mitteilungen glaubhafter erschienen. Uebrigens habe sie kein Mann nach dem kleinen Makel gefragt, und wenn sie davon anfangen wollte zu reden, hätten alle großzügig gelächelt und erwidert: „Ein moderner Mann nimmt das nicht so genau." Dabei bestand ihr ganzer Makel nur darin, daß sie verheiratet war. Als Zeugen erklärten die Männer, daß bei einer Summe von 500 000 Mark ein kleiner Makel keine Rolle spiele. Da die Frau tatsächlich die Männer geschädigt hatte, so mußte sie bestraft werden. Der Richter, der sich der Komik der ganzen Vorgänge nicht entzog, machte es sehr milde.

Eine Wohnung 15 Jahre verlassen. Eine Pariser Immobilien-Gesellschaft wurde von den Gerichten ermächtigt, einen ihrer Mieter, namens Fuhrmann, aus seiner Wohnung auszuweisen. Als sich der Gerichtsvollzieher jedoch in dem Hause einfand, erklärte der Portier, er kenne niemand, der diesen Namen trage. Es stellte sich heraus, daß Herr Fuhrmann, ein Deutscher, im Juli 1914 kurz vor dem Kriegsausbruch aus Paris abgereist und sicher nicht zurückgekehrt ist. Wahrscheinlich ist er im Kriege umgekommen. Man öffnete die Wohnung, die seit 15 Jahren verlassen stand, und fand darin überaus wertvolle Möbel, eine reiche Sammlung von Kunstgegenständen, Bildern, Vasen, seltenen Büchern usw. Durch einen Zufall sind diese Kunstwerte während des Krieges der Beschlagnahme entgangen. Man wird jetzt in Deutschland Nachforschungen anstellen, um den verschwundenen Mieter oder etwa seine Erben zu ermitteln, die vielleicht in der Lage sein werden, diese merkwürdige Geschichte aufzuklären.

Englands neue Luftschiffe. Die beiden neuen Luftschiffe R. 100 und R. 101, deren Fertigstellung sich um mehrere Monate verzögert hat, sind jetzt soweit gediehen, daß mit der ersten Probefahrt anfangs Oktober gerechnet wird. Beide Luftschiffe befinden sich augenblicklich im Stadium der Hallenversuche. Sie sind teilweise mit Tragstoff aufgefüllt. Die Maschinen selbst sind erst zum Teil montiert, aber noch nicht erprobt. Die ersten Maschinenproben sollen ebenfalls in der Halle erfolgen. Die Dauer der Probeflüge wird auf etwa 3 Monate veranschlagt, so daß das erste flugbereite Luftschiff seinen ersten Ueberlandflug erst anfangs des nächsten Jahres antreten wird. Diese Luftschiffe sollen dann zunächst von dem englischen Flughafen Carlington über Aegypten nach Indien fahren, dort ein paar Tage bleiben und dann nach London zurückkehren. Von dem Verlauf dieses Fluges hängt das spätere Flugprogramm ab. England beabsichtigt keine Ozeanüberquerung oder Weltflüge zu machen, sondern das Programm als Empire-Programm aufzustellen, d. h. also zwischen dem Mutterland und den Kolonien Flüge durchzuführen.

Geburt siamesischer Zwillinge. Der „Pester Lloyd" meldet aus Belgrad: In der Gemeinde Tscheritsch bei Vinkovos brachte die Bäuerin Rosa Licht ein Zwillingspaar zur Welt. Die Zwillinge sind Mädchen, die an der Brust zusammengewachsen sind. Ihre Köpfe befinden sich in einer Lage, als küßten sie einander. Die Neugeborenen lebten nur eine Stunde, doch wurden sie vor dem Tode noch getauft. Das eine Mädchen erhielt den Namen Eva, das andere Marie. Nach dem Ableben wurden die Zwillinge in Formalin konserviert und in das Pathologische Institut nach Agram gebracht.

Rache eines entlassenen Forstbeamten. Wie aus Athen gemeldet wird, wurden von einem entlassenen Forstbeamten zwei hohe Beamte des Landwirtschaftsministeriums erschossen.

Handel, Verkehr und Volkswirtschaft.

Stuttgart, 19. Sept. (Schlachtviehmarkt.) Dem Donnerstagmarkt am städt. Vieh- und Schlachthof wurden zugeführt: 11 Ochsen (unverkauft 2), 35 Jungbullen, 127 (60) Jungrinder, 7 (2) Kühe, 318 Kälber, 401 Schweine. Erlös aus je 1 Zentner Lebendgewicht: Ochsen —, Bullen a 50—52 (letzter Markt: 51—53), b 46—48 (46—49), Jungrinder a 58—61 (59—62), b 50—55 (51—56), c 44—48 (unv.), Kühe —, Kälber b 82—86 (unv.), c 73—80 (74—81), d 64—70 (66 bis 72), Schweine a fette über 300 Pfd. 86—88 (87—89), b vollfleischige von 240—300 Pfd. 87—88 (88—89), c von 200—240 Pfd. 88—89 (89—90), d von 160—200 Pfd. 86—88 (87—89), e fleischige von 120—160 Pfd. 84—85 (85—87), Sauen — Mark. Marktverlauf: Großvieh schleppend, Ueberstand, Schweine mäßig belebt, Kälber belebt.

Pforzheim, 18. Sept. (Schlachtviehmarkt.) Aufgetrieben waren 84 Tiere, und zwar 14 Stück Großvieh, 47 Kälber, 23 Schweine. Preise für ein Pfund Lebendgewicht: Großvieh und Schweine wie letzter Markt, Kälber b 82—85, c 75—81.

Die Preise gelten für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Fracht, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über den Stallpreis erheben.

Ettlingen, 18. Sept. (Schweinemarkt.) Zufuhr 99 Ferkel und 33 Läufer. Verkauft wurden 97 bezw. 27. Ferkel kosteten das Paar 32—75 Mk., Läufer das Stück 45—60 Mark.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 19. September. Der württ. Staatspräsident hat an Dr. Eckener anläßlich seiner Rückkehr nach Friedrichshafen ein herzlich gehaltenes Begrüßungstelegramm gesandt.

Stuttgart, 19. Sept. Die Komm.-Gruppe des württ. Landtags hat gestern ein Schreiben an das Landtagspräsidium gerichtet, in dem die sofortige Einberufung des württ. Landtags gefordert wird mit der Tagesordnung: Stellungnahme gegen die geplante Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung und zum Verhalten der württ. Staatsregierung in dieser Sache. Die Forderung wird damit begründet, daß die württ. Regierung an den Verhandlungen über die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung aktiv teilgenommen und ihre Zustimmung zu den geplanten Verschlechterungen gegeben habe.

Friedrichshafen, 19. Sept. Punkt 5 Uhr traf Dr. Eckener im Auto, von Ravensburg kommend, wo ihn Gattin und Sohn am Schnellzug abholten, in Friedrichshafen ein und begab sich sofort unbemerkt in seine Privatwohnung. Kurz vor dem Eintreffen Dr. Eckeners hatte Kapitän Lehmann selbst den Eingang zur Villa mit Blumen und Flaggengirlanden, sowie mit vielen buntfarbigen Lampions geschmückt. Von den von seiten der Stadtverwaltung u. des Luftschiffbaus geplanten Empfangsfeierlichkeiten mußte Abstand genommen werden, da Dr. Eckener den Wunsch ausgedrückt hatte, von einer offiziellen Begrüßung abzusehen. Die Luftschiffhalle ist aus Anlaß der Rückkehr Dr. Eckeners mit den Farben des Hauses Zeppelin, sowie des Reiches geschmückt. Ueber dem Eingangstor zum Luftschiffbau schwingen sich Girlanden und Flaggenketten mit einem wunderbar mit Blumen geschmückten Willkommen. Unter dem Hauptportal des Verwaltungsgebäudes ist eine große mit Blumen gezierte Tafel mit der Inschrift „Unserem Führer" angebracht. Bis zum Zimmer Dr. Eckeners ist alles mit bunten Teppichen belegt und die Gänge mit Zierbäumchen geschmückt. Der von Hamburg zurückgebrachte Lorbeerkranz ist über Dr. Eckeners Zimmertür aufgehängt. Das Zimmer selbst hat sich in einen wahren Blumenladen verwandelt. Die ganze Pracht des Herbstes ist über dem Schreibtisch ausgeschüttet.

Karlsruhe, 19. Sept. Der Präsident des Oberlandgerichts Karlsruhe, des höchsten badischen Gerichtshofes, Dr. Ernst Bernauer, ist kurz vor Vollendung seines 62. Lebensjahres nach langer schwerer Krankheit gestorben. Dr. Bernauer gehörte als Mitglied der Zentrumsfraktion von 1913 bis 1921 dem badischen Landtag an.

Sonneberg, 19. Sept. Als der kommunistische Bürgermeister Brill in der Mittwoch Nacht von einer Kirchweih zurückkehrte, begann er in seiner Wohnung zu lärmen und zu toben. Alles, was ihm in die Hände fiel, zertrümmerte er. Er warf sogar einen Stuhl auf die Straße, wo sich eine große Menschenmenge angesammelt hatte. Als die Frau des Bürgermeisters den Tobenden zur Ruhe bringen wollte, bedrohte er sie mit einem Dolch. Auf die Hilferufe von Frau und Kindern wurde von Nachbarsleuten die Polizei herbeigerufen, die ihren Vorgesetzten zur Ruhe brachte. Ein herbeigeeilter Arzt stellte einen Tobsuchtsanfall fest, während ein anderer Arzt totale Trunkenheit feststellte. Am anderen Morgen wurde Bürgermeister Brill nach Jena in die Nervenheilanstalt zur Untersuchung seines Geisteszustandes gefahren. Der Vorfall hat in Sonneberg großes Aufsehen erregt.

Hirschberg, 19. Sept. Das Gutachten des Universitätsprofessors Schulze-Göttingen über den Geisteszustand des Grafen Christian Stolberg liegt nunmehr vor. Da von vornherein Uebereinstimmung darüber bestand, daß bei Graf Christian der § 51 nicht in Betracht kommt, sollte Professor Schulze lediglich ein Gutachten darüber abgeben, ob sich das eigenartige Verhalten des Grafen nach der Tat mit dessen Geistesveranlagung begründen läßt. Ein endgültiger Beschluß der Staatsanwaltschaft über die Klageerhebung, die wahrscheinlicher wegen fahrlässiger Tötung erfolgen müsse, steht noch nicht fest.

Berlin, 19. Sept. Die italienische Ausgabe von Remarques „Im Westen nichts Neues" ist von der italienischen Regierung verboten worden. Die Auslieferung des Buches war bereits im Bücherzettel eines Mailänder Verlegers auf den 15. Sept. angekündigt worden. Die Uebersetzung hatte ein italienischer Frontkämpfer besorgt und das Buch war bereits fertiggesetzt, als die Maßnahme erfolgte.

Berlin, 19. Sept. Der Abgeordnete Leicht, der Fraktionsführer der Bayerischen Volkspartei im Reichstag, hat an Dr. Lejeune-Jung ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt: Namens der Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei bitte ich Sie, als Vorsitzender des handelspolitischen Ausschusses, um schleunigste Einberufung dieses Ausschusses, damit zu brennenden handelspolitischen Fragen, die namentlich für die Landwirtschaft von ausschlaggebender Bedeutung sind, Stellung genommen werde. Insbesondere ist die Preisgestaltung für Hopfen und Gerste so katastrophal nieder geworden, daß in den Anbaugebieten die größte Bestürzung, ja Verzweiflung Platz gegriffen hat.

Berlin, 19. Sept. Das Volksbegehren ist bekanntlich einem besonderen Zulassungs- und Eintragungsverfahren unterworfen. Der an den Reichsminister zu leitende Zulassungsantrag bedarf der Unterschrift von 5000 Stimmberechtigten. Die Unterschriften für die Zulassung des „Deutschen Volksbegehrens" sind, wie die „Deutsche Zeitung" meldet, im Großberliner Bezirk Schöneberg gesammelt worden, und zwar 7000 Unterschriften.

Berlin, 19. Sept. Das Auswärtige Amt hat in Warschau wegen Ueberfliegung deutschen Gebiets durch polnische Militärflieger abermals Beschwerde eingelegt.

Hamburg, 19. Sept. In der heutigen geschlossenen Mitgliederversammlung der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels wurde der Antrag eines Mitgliedsverbandes auf Anschluß des Verbandes der Waren- und Kaufhäuser mit 155 gegen 18 Stimmen abgelehnt.

Hamburg, 19. Sept. Zu der Meldung des „Tempo", daß an den Besprechungen zwischen Dr. Eckener und der Hapag im Auftrag des Berliner Magistrats auch der Leiter des Flugplatzes Berlin-Staaken, Magistratsrat Dr. Hiller, teilgenommen habe, teilt die Hamburg-Amerika-Linie auf Anfrage mit, daß diese Angaben nicht zutreffen und Dr. Hiller an den Besprechungen nicht beteiligt gewesen sei.

Sorau, 19. Sept. Im Hotel zum Stern in Priebus brach in der vergangenen Nacht Feuer aus, das sehr schnell um sich griff. Da die Gefahr bestand, daß auch die Nachbarhäuser von den Flammen ergriffen wurden, wurden die Feuerwehren aus den Nachbarstädten, so aus Görlitz, Sagan und Sorau angefordert. Ihren vereinten Bemühungen gelang es, den Brand zu lokalisieren, sodaß gegen 6 Uhr morgens jede Gefahr für die Nachbargebäude beseitigt war. Die vorderen Gasträume und die Fremdenzimmer, sowie die im Hinterhause gelegenen Räume der Filiale der Manufakturwarenfirma S. J. Crohn (Sorau) wurden ein Raub der Flammen. Das Feuer ist wahrscheinlich in dem an der Bühne des völlig niedergebrannten Saales gelegenen Kinovorführraum ausgebrochen. Soweit bis jetzt bekannt, sind Menschenleben dem Brande nicht zum Opfer gefallen.

Breslau, 19. Sept. Beim Abschluß der 74. Gustav Adolf-Tagung wurde Stuttgart für 1930 als Tagungsort gewählt.

Breslau, 19. Sept. Der Verteidiger der Frau Neumann hat gegen die Absicht, sie auf ihren Geisteszustand längere Zeit zu beobachten, Protest eingelegt mit der Begründung, daß hierdurch der Termin der Hauptverhandlung um zwei Monate hinausgezögert werde.

Memel, 19. Sept. In der Nähe des Gutes Althof bei Memel ist heute ein litauisches Militärflugzeug infolge eines Motorschadens abgestürzt. Beim Aufschlag auf die Erde explodierte der Motor und setzte das Flugzeug in Flammen. Die beiden Flieger, Hauptmann Kunschaitis und Oberleutnant Webelius, verbrannten.

Klein-Rosseln, 19. Sept. Heute vormittag fand in Anwesenheit von über 20 000 Personen, die aus allen Teilen des Moselbeckens und dem benachbarten Saargebiet herbeigeeilt waren, die Beisetzung von 18 Opfern des Explosionsunglückes statt. Nach der kirchlichen Einsegnung der Opfer hielt Senator de Mendel eine Ansprache in der er den Familien der Opfer die Anteilnahme der Regierung und die Fürsorge der Bergverwaltung versicherte. Nach dem Bürgermeister von Klein-Rosseln sprach der Vertreter des Arbeitsministeriums, Gaillat, im Namen des Arbeitsministers und schließlich der Staatssekretär Oberkirch im Namen der Regierung, deren Beileid er aussprach, um dann in deutscher Sprache den anwesenden saarländischen Bergleuten für die bei der Katastrophe bewiesene Hilfsbereitschaft zu danken.

Warschau, 19. Sept. Der polnische Staatsanzeiger „Monitor Polski" veröffentlicht heute abermals 2 Liquidationsbeschlüsse. Es betreffen zwei in deutschen Händen befindliche Landstellen und zwar den 22 Hektar großen Besitzes des Landwirts Otto Harnisch bei Rawicz im Kreise Karthaus und den 11 Hektar umfassenden Besitz des Landwirts Robert Dörges in der Gemeinde Rudnik im Kreise Graudenz. Beide Besitze müssen 10 Tage nach Uebernahme durch den neuen Besitzer geräumt werden.

Zürich, 18. Sept. Größte Aufregung verursachte in der Gegend von Rapperswil am oberen Züricher See die Entführung eines zwölfjährigen Mädchens durch einen unbekannten Automobilisten. Der Autofahrer hielt vor der Station Rapperswil und ersuchte 2 Mädchen, ihm die nächste Garage zu zeigen. Die beiden stiegen in den Wagen, worauf der Unbekannte in rasendem Tempo aus der Stadt fuhr. Als die beiden Mädchen bemerkten, daß der Automobilist sie angelogen hatte, begannen sie um Hilfe zu rufen. Dem einen von ihnen gelang es, als der Mann seine Geschwindigkeit etwas verlangsamte, aus dem Auto zu springen, wobei es trotz der etwa 70 Kilometer mit nur geringen Schürfungen davonkam. Ein des Weges fahrender Arzt nahm sich des Kindes an und fuhr es nach Rapperswil, wo es Anzeige machen konnte. Der unbekannte Automobilist, der in Rapperswil zwei Mädchen entführte, wovon sich das eine aus dem fahrenden Auto durch Abspringen retten konnte, ist in Rüti im Kanton St. Gallen verhaftet worden. Er hatte das entführte 12jährige Mädchen durch Drohungen derart eingeschüchtert, daß es bei der Festnahme falsche, ihm faggerierte Angaben machte. Die Verhaftung war möglich, weil der Entführer, ein Mechaniker namens Bothard von Zürich, in Rüti eine Autopanne erlitt, wodurch er gezwungen war, hier einen längeren Aufenthalt zu machen. Der Verhaftete gab an, er habe mit der Entführung eine Erpressung ausüben wollen, da er in finanziellen Schwierigkeiten sei. Es besteht jedoch der Verdacht, daß er im Dienst des Mädchenhandels steht. Das Kind wurde seinen Eltern zurückgebracht und der Verhaftete ins Bezirksgefängnis eingeliefert.

Paris, 19. Sept. Nach einer Metzer Meldung des „Petit Parisien" beträgt der durch das Grubenunglück auf der St. Charles-Zeche in Kleinrosseln angerichtete Schaden annähernd 15 Millionen Franken. Die französische Direktion des Mines hat als erste Hilfe für die Opfer der beiden Katastrophen und für ihre Familien 200 000 Franes zur Verfügung gestellt.

Halifax (Neuschottland), 19. Sept. Ein Zwischenfall, der an die bekannte Angelegenheit des „I'm alone" erinnert, ereignete sich an der amerikanischen Küste. Wie der Kapitän des hier eingetroffenen Motorschiffes „Shawnee" erzählt, haben amerikanische Küstenwachschiffe ohne vorherige Warnung auf ein Schiff mit Schrapnells gefeuert und dadurch das Schiff beschädigt.

Der geheimnisvolle Fund im Königsee.

Zu dem geheimnisvollen Fund eines herrenlosen Boots auf dem Königsee und des Mantels eines Unbekannten im Hotel Königsee, in dem ein Brief gefunden wurde, gibt die „Berliner Zeitung" den Wortlaut dieses Briefes wieder, in dem es u. a. heißt: „Jetzt brauche ich mir ein Leben lang nicht Vorwürfe zu machen, mich einstmals an einer unglücklichen Politik durch tatkräftige finanzielle Unterstützung beteiligt zu haben. Es wird mir heute wohl kaum jemand glauben, wenn ich an dieser Stelle die Feststellung mache, daß mir von den beteiligten Kreisen nicht die leiseste Andeutung gemacht wurde, daß die von mir zur Verfügung gestellten beträchtlichen Geldmittel auch zur Finanzierung von Bombenattentaten verwendet wurden. Daß dies der Fall war, muß ich daraus entnehmen, daß unter den wegen der Bombenanschläge Verhafteten sich Namen befinden, mit deren Trägern ich in lebhafter Verbindung stand, sodaß ich wohl stündlich befürchten mußte, unter dem furchtbaren Verdacht der Mittäterschaft verhaftet zu werden. An die Behörde richte ich noch die letzte Bitte, meine sterbliche Hülle gegebenenfalls an den Ufern meines geliebten Königssees zu bestatten. Mein Geist ist von den Ereignissen der letzten Tage, wo ich nirgends mehr Rast und Ruhe fand, derart ramponiert, daß ich mir selbst fast im Zweifel bin, ob ich mich noch im Besitz der permanenten Dispositionsfähigkeit befinde." Die Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidiums ist, wie das Blatt weiter meldet, von der Münchener Polizeidirektion ersucht worden, an der Aufklärung dieses reichlich mysteriösen Falles mitzuwirken. Man ist der Meinung, daß der Brief wohl echt sein kann, obschon nicht verkannt wird, daß eine Mystifikation möglich sei. Beachtet wird auch die Eventualität, es könnte hier ein Versuch vorliegen, Spuren zu verwischen oder abzulenken. Als Briefschreiber wird ein Mann vermutet, der zuletzt seinen Wohnsitz in Harzburg hatte; die Nachprüfung dieser Spur ist schon im Gange. Der Fremde war am Tage vor der Tat im Hotel Königssee abgestiegen. Als er am Tage darauf das Ruderboot nahm, hinterlegte er ein Pfand von 10 Mark und erklärte auf die Aufforderung, sich ins Fremdenbuch einzutragen, er werde dies nach seiner Rückkehr tun. In dem im Mantel des Fremden aufgefundenen Briefe, der an mehreren Stellen wirre Angaben über die Zusammenhänge mit den Bombenattentaten enthält, sind mehrere Personen genannt, deren Namen bereits im Zusammenhang mit der Auffindung des Briefes veröffentlicht sind. Der Fremde gedenkt in dem Briefe ferner noch der „kleinen Barberina", seines „Rösl vom Wörthersee", dem er eine schöne Erinnerung bewahren werde. Die politische Abteilung des Polizeipräsidiums Berlin wird sich jetzt mit allen in dem Briefe genannten Persönlichkeiten in Verbindung setzen, um den Versuch zu machen, auf diesem Weg festzustellen, wer der unbekannte Schreiber des Briefes ist. Die Münchener Polizei neigt der Ansicht zu, daß es sich entweder um einen Geisteskranken handelt oder um einen Menschen, der aus irgendwelchen Gründen einen Selbstmord vorgespiegelt hat.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Reichsverband der deutschen Industrie.

Köln, 19. Sept. Der Düsseldorfer Industrietagung des Reichsverbands der deutschen Industrie ging heute in Leverkusen eine besonders stark besuchte Präsidial- und Vorstandssitzung unter dem Vorsitz von Geheimrat Prof. Dr. Duisberg voraus. Das Präsidium beschäftigte sich in mehrstündigen Verhandlungen eingehend mit der augenblicklichen Wirtschaftslage und den dadurch bedingten wirtschafts- und finanzpolitischen Forderungen der deutschen Industrie. Danach sprach Direktor Hans Kraemer, der Vorsitzende des wirtschaftspolitischen Ausschusses im Reichswirtschaftsrat, über den gegenwärtigen Stand des Revisions- und Treuhandwesens in Deutschland und seine Entwicklungsfähigkeiten. Der Berichterstatter legte auseinander, welche Bedeutung für die Sicherheit des Wirtschaftsverkehrs einem hochentwickelten Revisionswesen zukomme und stellte Vorschläge zur Erörterung, deren Verwirklichung für die weitere Vervollkommnung des deutschen Revisionswesens von Bedeutung sein würde. Eingehend beschäftigte sich der Vorstand mit der Form der Arbeitslosenversicherung. Der Reichsverband der Deutschen Industrie ist mit der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände der Meinung, daß, ohne berechtigte soziale Gesichtspunkte zu vernachlässigen, eine finanzielle Sanierung der Reichsanstalt für Arbeitslosigkeit auch möglich ist, wenn eine Erhöhung der Beiträge vermieden wird. Darüber hinaus betonte der Vorstand, daß es unbedingt notwendig sei, die Arbeitslosenversicherung in einer Form durchzuführen, die eine Belastung des Reichshaushalts ausschließe. Sei in besonderen Fällen ein Darlehen nicht zu vermeiden, so müsse die Reichsregierung durch Herabsetzung der Leistungen für alsbaldige Deckung sorgen. Der Vorstand des Reichsverbandes kritisierte ferner, daß es bis heute noch nicht gelungen sei, dem Parlament eine Regierungsvorlage zuzustellen, für die die Regierung in allen Punkten die Verantwortung zu übernehmen gewillt sei. Der Reichsverband fordert daher im Interesse der Gesamtwirtschaft mit größter Beschleunigung eine Reform der Arbeitslosenversicherung, die ihre Durchführung ohne Beitragserhöhung und ohne die Heranziehung öffentlicher Gelder gewährleistet und Mißbräuche ausschließt. Ueber die bevorstehenden handelspolitischen Entscheidungen berichtete Dr. Ernst v. Simson. Seine Ausführungen gipfelten unter der Zustimmung des Vorstands in der Forderung, daß die deutsche Handelspolitik vor unüberlegten Handlungen bewahrt bleiben müsse. Der Vorstand kam in der nachfolgenden Aussprache einstimmig zu dem Ergebnis, daß er an seiner Entschließung vom 20. Juni über die agrarpolitischen Forderungen festhalten müsse. Der Vorstand steht auch heute noch auf dem Standpunkt, daß die zur Wiederherstellung der landwirtschaftlichen Rentabilität geeigneten Maßnahmen im Interesse der Gesamtwirtschaft ergriffen werden müssen. In diesem Sinne spricht sich der Reichsverband auch für eine Erhöhung der Futtermittelzölle aus. Alle weitergehenden handelspolitischen Forderungen der Landwirtschaft seien aber nach Auffassung der Industrie nur dann vertretbar, wenn sie keine unerträgliche Belastung für die Konsumenten zur Folge haben und das mühsam aufgebaute System der Handelsverträge nicht gefährden.

Entschließungen des Deutschen Landwirtschaftsrates.

Münster, 19. Sept. Die Vollversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates nahm heute 3 Entschließungen zur Arbeitslosenversicherung, zum Entwurf eines Reichsmilchgesetzes und über die Landwirtschaft Westfalens unter den neuzeitlichen wirtschaftlichen Verhältnissen an. Bezüglich der Arbeitslosenversicherung lehnt der Deutsche Landwirtschaftsrat jede Erhöhung der Beitragssätze ab. Er hält die Einbeziehung der Landwirtschaft in die allgemeine Arbeitslosenversicherung nach wie vor für verfehlt und wird den Gedanken einer Sonderbehandlung der Landwirtschaft mit allem Nachdruck weiter verfolgen, sobald sich zeigt, daß auf eine durchgreifende Beseitigung der jetzigen Mißstände und eine stärkere Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Notwendigkeiten nicht gerechnet werden kann. Bezüglich des Reichsmilchgesetzes begrüßt die Vollversammlung die vom milchwirtschaftlichen Ausschuß beim Reichsausschuß der Deutschen Landwirtschaft aufgestellten Richtlinien für die Gestaltung des Reichsmilchgesetzes und erwartet ihre Berücksichtigung bei der endgültigen Gestaltung des Gesetzentwurfes. Weiter ist der Landwirtschaftsrat der Auffassung, daß für den weiteren Ausbau der Qualitätsveredelung auf dem Wege der Schaffung von Qualitätsmarken ein gesetzlicher Schutz der von der Landwirtschaftskammer herausgegebenen Marken notwendig ist. Eine Herausgabe der Schutzmarken durch den Staat muß grundsätzlich abgelehnt werden. In der Entschließung über die Landwirtschaft Westfalens wird festgestellt, daß die Notlage der Landwirtschaft in der Provinz Westfalen nicht geringer ist als in anderen deutschen Gebietsteilen. Auch die westfälische Landwirtschaft fordert baldigste Erfüllung des Rentabilitätsprogramms der landwirtschaftlichen Spitzenverbände.

Reichstagung des Gustav-Adolf-Vereins.

Am Montag, den 16. September, fand die feierliche Begrüßung der Reichstagung des Gustav-Adolf-Vereins, die dieses Jahr in der Bischofstadt Breslau zusammenkam, statt. D. Burghart, Vizepräsident der evangelischen Landeskirche altpreußischer Union, grüßte im Namen des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses und des preußischen Oberkirchenrats und betonte die innere Gemeinschaft, die von jeher zwischen den deutschen Landeskirchen und dem Gustav-Adolf-Verein bestanden habe. Stadtdekan D. Spaeth-Breslau wies darauf hin, daß die Stadt stets ein festes Bollwerk gegen die Angriffe fremdstämmiger Völker gewesen sei. Der Vertreter der Techn. Hochschule griff in seinem Grußwort auf die imposante Volksversammlung des Sonntags mit über 20 000 Teilnehmern zurück. Der Präsident des Evangelischen Konsistoriums in Stockholm überbrachte die Grüße der schwedischen Kirche und ihres Erzbischofs D. Soederblom. Geh. Rat Rendtorff, der Präsident des Gustav-Adolf-Vereins, dankte den Rednern und wies darauf hin, daß der Gustav-Adolf-Verein kein Stoßtrupp gegen Rom sei, sondern den Wunsch habe, mit den katholischen Volksgenossen in Frieden zu leben. Den Schluß bildeten kurze Ansprachen von Führern des evangelischen Auslandsdeutschtums. D. Zöckler-Stanislau, der bekannte Begründer des östlichen Hilfswerks, Generalsuperintendent Blau-Posen, führende Persönlichkeiten aus Ungarn, der Tschechoslowakei und Mähren, sprachen in beredten Worten von den Nöten und Leiden des evangelischen Auslandsdeutschums, das in ständiger Bedrängnis einen Kampf um Glauben und Heimat führt. Durch alle Ansprachen der Auslandsvertreter hindurch klang der Dank an den Gustav-Adolf-Verein als den großen Wohltäter der evangelischen Auslandsdiaspora.

Die Sondertagung des Reichstags.

Berlin, 19. Sept. Die vom Reichskabinett beantragte Sondertagung des Reichstags soll nach den bisherigen Dispositionen nur vom 30. September bis 3. Oktober dauern. Es ist ohne weiteres anzunehmen, daß der Aeltestenrat, der morgen zusammentritt, diesen Termin gutheißen wird. Die Regierung, die selbst an der Verschleppung der Arbeitslosen-Reform keine geringe Schuld trägt, hofft offenbar, durch ihren Schritt einen Druck auf die Fraktionen auszuüben. Bis jetzt freilich ist man sich in den interfraktionellen Besprechungen, die im Reichstag nun wieder zur ständigen Einrichtung geworden sind, noch in keiner Beziehung nähergekommen. Dabei hat man sich an die eigentlichen Hauptstreitpunkte bisher gar nicht herangewagt. Eine Entscheidung wird vermutlich erst im Verlaufe der nächsten Woche fallen. Bei den Parteien besteht der Wunsch, die Rückkehr des Kanzlers und der beiden volksparteilichen Minister abzuwarten, von deren Eingreifen man sich eine Entwirrung der höchst verwickelten Lage verspricht. Die Notwendigkeit, die Arbeitslosen-Reform vorweg zu erledigen, ergibt sich im übrigen schon deswegen, weil sich im Augenblick noch gar nicht absehen läßt, wann das Parlament zum Youngplan wird Stellung nehmen können. Es hängt dies vom Abschluß der neuen Haager Konferenz im Oktober ab, deren Anfangstermin sich wiederum nach der Dauer der Arbeit der Organisationenkomitees bestimmt. In parlamentarischen Kreisen stößt man vielfach auf die Ansicht, daß es womöglich November werden könnte, bis die Young-Gesetze im Reichstag verhandlungsreif werden.

Fünfzehn Haftbefehle.

Berlin, 19. Sept. Der Untersuchungsrichter in der Bombenaffäre, Landgerichtsdirektor Mafur, hat im Laufe des gestrigen Tages sämtliche 21 aus Altona eingelieferten Verdächtigen vernommen. Nach den Vernehmungen hat Landgerichtsdirektor Mafur 15 Haftbefehle erlassen und bei nur 6 Beschuldigten dem Antrag auf Erlaß eines Haftbefehls nicht stattgegeben. Die 6 Freigelassenen, die heute vormittag in Freiheit gesetzt wurden, sind der Hofbesitzer und Gemeindevorsteher Amandus Bick aus Rönne an der Lube, in dessen Haus man das große Waffenlager gefunden hat, sein Sohn, der als Landvolkführer in engen Beziehungen zu der Itzehoer Organisation steht, der Hofbesitzer Johann Schade aus Rathen, der Chauffeur Markus Lorenz, der den Fordwagen von Rickels steuerte, der Redakteur Johann Kühl aus Husum, der ein Mitarbeiter der Zeitung „Das Landvolk" ist, und der Kaufmann Gustav Kurtze aus Blankenese. Die Haftentlassung von Vater und Sohn Amandus Bick erfolgte, da sich zwischen den Waffenfunden auf ihrem Gehöft und den Bombenattentaten keine Verbindung erweisen ließ. Die Waffenfunde werden ein besonderes Strafverfahren zur Folge haben. Von den 15 in Haft Behaltenen sind die Beschuldigungen, an dem Bombenattentat als Täter und Wisser und Mithelfer beteiligt zu sein, durch die teilweisen Geständnisse der Verhafteten so bekräftigt, daß hier die Haftbefehle erfolgen mußten. Neben diesen 15 Verhafteten befinden sich noch die in Berlin verhafteten 7 Personen im Untersuchungsgefängnis.

Zu der Mitteilung des Verteidigers des verhafteten Landvolkführers Hamkens, daß dieser kein Geständnis abgelegt habe, erklärt die „Vossische Zeitung": Hamkens hat im Polizeipräsidium Altona zugegeben, daß er von den beabsichtigten Bombenattentaten Kenntnis hat. Er hat ferner erklärt, daß die Polizei, wenn sie den Kreis sämtlicher Mitwisser erfassen wolle, ganz Dithmarschen verhaften müsse. Hamkens hat die

---

Von dem Vertreter des Norddeutschen Lloyd in Neuenbürg, Herrn Martin Lutz, wird uns mitgeteilt, daß in der Anmeldung für die **Visaerteilung** beim Amerikanischen Konsulat mit sofortiger Wirkung folgende Aenderung eingetreten ist: Antragsteller brauchen sich künftig nicht mehr an das Konsulat in Stuttgart mit der Bitte um Uebersendung eines Anmeldeformulars zu wenden, sondern können diese Registrierungsanträge auch von der Vertretung des Norddeutschen Lloyd kostenlos erhalten. Diese Registrierungsanträge sind vom Antragsteller ausgefüllt unter Beifügung von zwei Freiumschlägen an das Konsulat in Stuttgart, Visa-Abteilung, Eberhardstr. 10, zu senden. Die Vertretung des Norddeutschen Lloyd wird alle Auskunftsuchenden in gewohnter Weise gern unterstützen.

In diesem Zeichen
liegt die Garantie für frische Qualität.
Nur „Rama im Blauband" bietet Ihnen
diese Sicherheit durch das Garantie-Datum
auf jeder Packung —
für guten Einkauf die beste Gewähr!

MARGARINE **Rama im Blauband**

½ Pfd **50** Pfg

doppelt so gut

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Pausen zwischen den einzelnen Attentaten auf seine „Bremstätigkeit" zurückgeführt, aber er will gegenüber der Bewegung nicht durchgedrungen sein. Danach steht fest, daß der Landvolkführer von den Plänen des Desperado gewußt hat.

„In der Landabrüstung ist man seit 1927 keinen Schritt weiter gekommen." „Abrüstung ist wichtiger als Sicherheitsverträge."

Genf, 19. Sept. Der greise Lord Robert Cecil, jahrlanger Vertreter in der vorbereitenden Abrüstungskommission, legte heute in einer großangelegten Rede den Standpunkt der englischen Regierung in der dritten Kommission der Völkerbundsversammlung zur Abrüstungsfrage vor. Seine Rede war eine Generalabrechnung mit den bisherigen Abrüstungsarbeiten des Völkerbunds. Lord Cecil gab einen äußerst kritisch und heftig gehaltenen Ueberblick über den bisherigen Verlauf der Abrüstungsarbeiten der vorbereitenden Abrüstungskommission. Er stellte zunächst fest, daß in der Vollversammlung sowohl die Vertreter der Großmächte als auch die Vertreter der kleineren Mächte auf den großen Ernst und die Bedeutung der Abrüstungsfrage aufmerksam gemacht hätten. Er fühle sich als der Dolmetscher der großen Mehrheit der öffentlichen Meinung der ganzen Welt, die heute den heißen Wunsch habe, endlich praktische Fortschritte in der Richtung einer Herabsetzung und Beschränkung der Rüstungen der Mächte zu sehen. Dem Völkerbund sei die Abrüstung als eine Verpflichtung im Völkerbundspakt auferlegt worden. Die gleichen bindenden Verpflichtungen enthielten die Friedensverträge. Die Abrüstung sei, was man auch sonst auf dem Gebiet der Sicherheit tun wolle, tatsächlich die einzige positive und sichere Bürgschaft gegen den Ausbruch eines neuen Krieges. Die Herabsetzung der Rüstungen sei etwas praktisches und tatsächliches und daher wichtiger als Verträge über Sicherheit und Frieden. Die Abrüstung sei der Grundpfeiler des ganzen Völkergebäudes. Es läge ihm fern, mit seinem Antrag der vorbereitenden Abrüstungskommission Richtlinien geben zu wollen, jedoch sei es absonderlich anzunehmen, daß die Vollversammlung des Völkerbundes nicht das Recht haben solle zu den großen grundsätzlichen Fragen der Abrüstung Stellung zu nehmen und die vorbereitende Abrüstungskommission auf diese Frage nochmals aufmerksam zu machen. Auf dem Gebiete der Schiedsgerichtsbarkeit seien in den letzten Jahren zwar einige Fortschritte festzustellen. Weniger und nicht gerade viel sei bisher auf dem Gebiete der Sicherheit geleistet worden. Lord Cecil gab sodann einen zusammenfassenden Ueberblick über die bisherigen Abrüstungsverhandlungen auf dem Gebiete der Luft-, See- und Landabrüstungen. Auf dem Gebiete der Luftrüstungen seien im Jahre 1927 einige große Grundsätze für die Herabsetzung der Rüstungen beschlossen worden. Seitdem seien jedoch keine weiteren Fortschritte zu verzeichnen. Auf dem Gebiete der Seeabrüstung sei die Abrüstungskommission aus der Sackgasse, in die man durch die Seeabrüstungskonferenz von 1927 hineingeraten sei, noch nicht herausgelangt. Aber außerhalb der Völkerbundskommission seien jetzt bedeutsame Verhandlungen zwischen England und den Vereinigten Staaten im Gange und es bestehe ein wachsendes Gefühl des Vertrauens, daß wirkliche Fortschritte bei diesen Verhandlungen erzielt werden würden. Aber die Herabsetzung der Seerüstungen sei, so betonte Cecil, mit besonderem Nachdruck, keine allein entscheidende Bürgschaft für die Sicherheit. Der Weltkrieg habe gelehrt, daß die großen militärischen Entscheidungen durch die Landtruppen, nicht durch die Flotten, herbeigeführt würden. In der Landabrüstung sei man seit 1927 keinen Zoll mehr weiter gekommen. In der Herabsetzung des lagernden Materials sei nichts geschehen, ebensowenig in der Frage der ausgebildeten Reserven. Im großen zeigten die Arbeiten der vorbereitenden Abrüstungskommission nur Rückschritte. Lord Robert Cecil schloß mit einem Aufruf an Frankreich. Wenn jetzt nichts mehr geschehe, würde man der hungernden Menschheit statt Brot Steine geben. Er rechnet fest auf die Mitarbeit Frankreichs und aller anwesenden Mächte zur endgültigen Lösung der Abrüstungsfrage. Die große Rede Lord Robert Cecils rief allgemein starken Eindruck hervor. Der Appell Lord Robert Cecils an Frankreich und die übrigen Mächte in der Abrüstungsfrage trieb, wie allgemein erwartet worden ist, auf französischer Seite auf heftigen Widerhall. Zur allgemeinen Ueberraschung machte sich der Präsident des Vorbereitenden Ausschusses, der Holländer Loudon, zum Verfechter des französischen Standpunktes und trat den Ausführungen Lord Cecils in allen Punkten entgegen. Der Vertreter Frankreichs, der Leiter der Völkerbundsabteilung im Quai d'Orsay, Massigli, erklärte sodann, der Vorschlag Lord Robert Cecils sei für Frankreich nicht annehmbar. Graf Bernstorff erklärte, die wichtigste Frage des Völkerbundes sei die Abrüstung. Wie Lord Robert Cecil ausgeführt habe, sei die Frage des lagernden Kriegsmaterials der wichtigste Punkt in der Abrüstung. Hierin könnten keine Konzessionen gemacht werden. Die Hauptsache sei, daß man zum Ziele komme. Er sei durchaus bereit, den englischen Vorschlag anzunehmen. Er schloß mit einer warmen Würdigung des Eifers, mit dem Lord Robert Cecil die Abrüstungsfrage bisher betrieben habe und auch jetzt noch betreibe. Der italienische Vertreter, Generalrat Marinis, schloß sich der französischen Auffassung an. Der Vertreter Japans, Sato, lehnte in gleicher Weise wie Frankreich und Italien die von England geforderte Aufrollung der großen Streitfragen in der Abrüstung ab. — Die Aussprache wird in den nächsten Tagen fortgesetzt.

Birkenfeld—Neuenbürg.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am

Samstag den 21. September 1929

stattfindenden

Hochzeits-Feier

in das Gasth. z. „Bahnhof" in Engelsbrand

freundlichst einzuladen und bitten, dies als persönliche Einladung annehmen zu wollen.

Oskar Rentschler, Birkenfeld. **Marie Weißert,** Neuenbürg.

Aichelberg OA. Calw.

Schlachtfarren-Verkauf

Die Gemeinde verkauft einen schweren Schlachtfarren. Offerten mit Preisangaben pro Zentner Lebendgewicht, wollen bis **Montag den 23. Sept. ds. Js.**, nachmittags 3 Uhr, beim Schultheißenamt eingereicht werden, wo gleichzeitig der Verkauf auf dem Rathaus stattfindet.

Schultheißenamt: Lörcher.

Birkenfeld, 19. Sept. 1929.

Todes-Anzeige.

Nach längerer, heimtückischer Krankheit ist gestern abend 8.30 Uhr meine liebe Frau, unsere gute, unvergeßliche Mutter, Schwester, Tante, Schwägerin und Schwiegermutter

Marie Kraut, geb. Wolfinger,

im 57. Lebensjahre im Bezirkskrankenhaus zu Neuenbürg in die ewige Heimat abgerufen worden.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Samstag den 21. September, nachmittags 4 Uhr, statt.

Nun ist ihr jeder Wunsch erfüllt,
Und ihr Sehnen ganz gestillt.

Birkenfeld.

Empfehle ab heute prima II. Sorte

Rindfleisch,

per Pfund 1 Mark,
sowie sämtliche Sorten

Fleisch- und Wurstwaren

in nur Ia Qualität zum billigsten Tagespreis.

Adolf Dittus, Metzgerei,
Telefon 4947.

Birkenfeld.

Ein gutes, 155 Ltr. haltendes

Fäßchen

hat zu verkaufen
Oberlehrer **Frey.**

Neuenbürg.

Verloren

ein **Hand-Köfferchen** mit Kinderwäsche, abzugeben gegen gute Belohnung
Enzring 462.

Wer verkaufen will, muß inserieren!

Bezirks-Obst- und Gartenbau-Verein
Ortsgruppe Neuenbürg.

Am **Sonntag den 22. September,** von vorm. 11 Uhr bis abends 6 Uhr, findet in der **Städt. Turn- und Festhalle** eine

Obst- und Blumen-Schau

verbunden mit einer **Früchte- und Gabenverlosung** statt. An diese Schau schließt sich von **abends ½8 Uhr** an eine

Herbst-Feier mit Lichtbildervortrag

von Herrn **Oberpräzeptor Bazlen, Stuttgart,** mit dem Thema: **„Durchs Schwabenland in den vier Jahreszeiten"** an. Von nachmittags 3 Uhr ab konzertiert die **Streich-Kapelle des Musik-Vereins** unter Leitung von Herrn Kapellmeister Herzog.

Zum Schluß Tanz.

Hierzu wird die gesamte Einwohnerschaft wie auch die benachbarten Ortsgruppen und Freunde des Obstbaus freundlichst eingeladen.

Eintritt: Erwachsene 30 Pfg., Schüler 20 Pfg., abends 50 Pfg. pro Person.

Zur Abend-Veranstaltung haben Kinder keinen Zutritt.

Der Ausschuß.

NB.: Es wird gebeten, das zur Ausstellung bestimmte Obst im Laufe des Samstag in der Turnhalle anzuliefern.

Schwann.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am

Sonntag den 22. September 1929,

stattfindenden

Hochzeits-Feier

in das Gasthaus z. „Waldhorn" in Schwann

freundlichst einzuladen und bitten, dies als persönliche Einladung annehmen zu wollen.

Hermann Bürkle, Mechaniker,
Sohn des Friedrich Bürkle, Landwirts.

Luise Büchler,
Tochter des Ludwig Büchler, Metalldrehers.

Kirchgang ½11 Uhr.

Heute und morgen

Metzelsuppe

bei
Rüd,
Haltestelle Engelsbrand.

Wildbad.

Zum 1. Oktober oder später in guten kinderlosen Geschäftshaushalt nach Wildbad ehrl. fleißiges

Mädchen

gesucht. Muß kochen und bügeln können.

Gef. Angebote mit Zeugn. und Lohnang. bef. die Enztäler-Geschäftsstelle.

Birkenfeld.

Hotel „Schwarzwaldrand".

Sonntag den 22. Septbr. 1929, abends 8 Uhr,

Konzert

ausgeführt von der **Streich-Kapelle des Orchester-Vereins Neuenbürg.**
Leitung: Musikdirektor **E. Müller.**

Einlaß mit Programm 80 Pfg.

Birkenfeld.

Restaurant zum „Hohenzollern"

Heute

Schlachtpartie.

Von heute ab

neuen süßen Wein,

wozu freundlichst einladet **Karl Bollmer.**

Höfen a. Enz.

Heute eingetroffen:

Neuer süßer Rotwein

(Forster Myrrhe), Ia Qualität

Bestellungen nimmt gerne entgegen

Friedrich Knöller,

Telefon 13.

Württ. Schwarzwald-Verein Ortsgr. Neuenbürg.

Zur

Waffenschmied-Aufführung

der Heimat-Spiele auf dem Wartberg in Pforzheim nächsten Samstag und Sonntag werden in der Enztäler-Geschäftsstelle **Gutscheine zu ermäßigten Eintrittspreisen** abgegeben.

Besuchet zahlreich die letzte Aufführung!

Der Vorstand.

W. Forstamt Enzklösterle

Beigholz-, Stangen- und Reisig-Verkauf

am **Samstag den 28. Sept. 1929,** nachmittags 4 Uhr, im Enztal im Gasthaus zur „Enztalluft" aus Staatswald: 3 Rm. Nadelholz-Scheiter (Schindelholz), 25 Stück Baustangen I.—III. Kl., 17 Reisighaufen, geschätzt zu 1220 Nadelwellen.

Rotensol.

Eine junge

Nutz- und Fahrkuh

hat zu verkaufen
Otto Schaible, Holzhauer.

Neuenbürg.

Heute und morgen

Schlachttag

bei
Friedrich Kirn.